

Datenschutzgesetze der US-Bundesstaaten

Am 1. Januar 2020 tritt im Bundesstaat Kalifornien das neue Datenschutzgesetz (California Consumer Privacy Act - CCPA) in Kraft.

20.12.2019

Von Jan Sebisch | Bonn

Es ist das erste Datenschutzgesetz dieser Art in den USA. Ein Bundesdatenschutzgesetz existiert in den USA bisher nicht. Inzwischen haben andere US-Bundesstaaten, wie zum Beispiel New York, vergleichbare Gesetze erlassen oder befinden sich im Gesetzgebungsprozess. Der CCPA räumt Verbrauchern weitreichende Auskunftsrechte hinsichtlich der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten ein. Zudem werden Verbraucher mit einem umfassenden Klagerecht gegenüber Unternehmen ausgestattet.

Der Anwendungsbereich des CCPA erstreckt sich auf Unternehmen, die in Kalifornien geschäftlich tätig sind, personenbezogene Daten von Verbraucher sammeln oder von einem Dritten sammeln lassen und einen der folgenden drei Schwellenwerte überschreiten:

- Das Unternehmen hat einen jährlichen Bruttoumsatz von mehr als 25 Millionen US-Dollar;
- das Unternehmen kauft jährlich, erhält, verkauft oder übermittelt sogenannte personenbezogene Informationen von mehr als 50.000 Verbrauchern, Geräten oder Haushalten für kommerzielle Zwecke;
- das Unternehmen erzielt mindestens 50 Prozent der jährlichen Einnahmen aus dem Verkauf von personenbezogenen Informationen.

Auf den Sitz des Unternehmens kommt es nicht an. Neben amerikanischen können auch europäische Unternehmen in den Anwendungsbereich des CCPA fallen. Bei vorsätzlichen Verletzungen der Datenschutzpflichten können Unternehmen eine Strafe von bis zu 7.500 US\$ zahlen.

Zum Thema:

[Assembly Bill No. 375](#) 

[Assembly Bill No. 25](#) 

[California Civil Code](#) 

Mehr zu:

USA

Datenschutz, Datensicherheit

Recht

Kontakt

Jan Sebisch

Rechtsexperte

 +49 228 24 993 353

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.